Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 9 — 1. Blatt — Sonnabend, 11. Januar — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Kämpfe in Berlin.

Berlin, 9. Januar. (Drahtnachricht). Nach der „Tägl. Rundschau" haben sich um Mitternacht im Südwestteile und im Mittelpunkte der Stadt, besonders in den Zeitungs- und Regierungsvierteln, neue Kämpfe entwickelt. Gegen 11 Uhr war in den Straßen der genannten Stadtteile ein gewaltiges Feuer der schweren Maschinengewehre vernehmbar. Die Spartakisten hatten gestern nachmittag auch die Siemenswerke in der Siemensstraße besetzt. Sie wurden jedoch durch die Charlottenburger Sicherheitswehr bald wieder vertrieben. Ebenso geschah es mit der Wumba wo seit der Revolution Lebensmittel verteilt werden. Den durch den Abfall der Sicherheitswache befürchteten Ausfall sucht die Regierung durch Heranziehung von Arbeitern aus den Fabriken auszugleichen, die sie bewaffnet hat. Die revolutionäre Soldatenwehr erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung von Berlin, sich in den nächsten Tagen möglichst von der Straße fernzuhalten, besonders von der Straße unter den Linden, der Wilhelmstraße und ihren Zugangsstraßen.

Frankfurt a. M., 9. Januar. (Drahtnachricht.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin. Die Lage ist bis zur Stunde unverändert kritisch, die Straßenkämpfe dauern an. Beide Machtgruppen erhalten fortgesetzt Zuzug. Das Donnern der Feldgeschütze und das Geknatter der Maschinengewehre ist weithin zu hören. Die Spartacusgruppe hält immer noch die von ihr besetzten Gebäude. Man rechnet mit einer mehrtätigen Dauer des Kampfes. Die Lebensmittelversorgung wird schwierig. Die gestern erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes ist der Vorläufer militärischer Zwangsmaßnahmen der Regierung. Aus Westdeutschland rollen neue Truppensendungen nach Berlin. Gestern nachmittag ist ein Jägerbataillon im Anhalter Bahnhof eingetroffen. Spartacus versuchte den Bahnhof zu stürmen, um die Ausladung der Truppen zu verhindern. Es kam zu Maschinengewehrkämpfen, wobei über 20 Tote und 20 Verletzte auf Seite von Spartacus waren. Die Funkenstation Nauen soll gestern nachmittag von Spartacus besetzt worden sein. Die Reichsdruckerei ist von den Regierungstruppen zurückerobert. Am Lehrter Bahnhof erstürmten Spartacisten das Hauptgebäude, um ankommende Hilfstruppen aus Kiel abzufangen. Die Regierungstruppen eröffneten das Maschinengewehrfeuer, wobei es Tote und Verwundete gab. Der Betrieb der Stadt-, Ring- und Vorortbahn ist wieder eingestellt. Um eine Anzahl Kasernen wurde in der Nacht mit Handgranaten, Maschinengewehren und Feldgeschützen gekämpft. Sie waren heute früh im Besitz der Regierungstruppen.

Berlin, 9. Januar. (Dr.). Der Lehrter Bahnhof ist jetzt in den Händen der Regierung, die ihn mit etwa 560 Mann besetzt hält. Der Vorort- und Fernverkehr sind ungestört, dagegen ist der Stadtbahnverkehr eingestellt. Heute morgen wurde ein Angriff versucht, der nach einer Meldung ziemlich schnell ohne Verluste auf beiden Seiten erledigt war. Nach einer anderen Meldung soll er jedoch ziemlich blutig verlaufen sein und fünf Tote gekostet haben.

Berlin, 9. Januar. (Dr.) Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat dem Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der Mitglied der Partei ist, heute nacht dringend angeraten, von seinem Amte freiwillig zurückzutreten, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Stellungnahme Eichhorns ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. (Frankfurter Nachrichten).

Hindenburg in Berlin?

Berlin, 9. Januar. Nach neueren Meldungen soll Hindenburg in Berlin sein. Man erwartet schon von seiner bloßen Anwesenheit einen Einfluß auf die Regierungstruppen.

Gewalt gegen Gewalt.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat nach den gestern eingelaufenen Nachrichten endlich doch einsehen gelernt, daß sie gegen die Maschinengewehre, Handgranaten, Panzerautos und andere gefährliche Spielzeuge der Spartakusleute mit väterlichen Ermahnungen und Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung nicht aufkommen kann, daß sie vielmehr auf diesem Wege von Tag zu Tag mehr Boden verlöre. Daher hat sie sich, wohl auf Noskes Drängen, entschlossen, den Gewalttaten der Spartakusgruppe mit Gewalt entgegenzutreten und sich dabei nicht nur auf die reine Verteidigung zu beschränken. Wie wenig den Spartakushorden gegenüber Zimperlichkeit am Platze ist, beweist die Frechheit, mit der sie zu Mord und Totschlag auffordern. Wie eine weiter unten stehende Meldung besagt, fordert Spartakus durch ein Plakat, daß Scheidemann aufgeknüpft werde. Nach den bisherigen Ruchlosigkeiten dieses Auswurfs der menschlichen Gesellschaft (nach der ungeheuerlichen Behauptung des deutschnationalen Pfarrers von Schillno, Kreis Thorn, sollen aber die Deutschen Demokraten noch links von den Spartakisten stehen! Siehe den Bericht über eine Versammlung in Schillno), nach den spartakistischen Schandtaten also, ist nicht daran zu zweifeln, daß die Todesdrohung gegen Scheidemann durchaus ernst gemeint ist. Dazu kommt noch, daß die Spartakusverschwörer offenbar durch ausländisches Geld unterstützt werden. Noch mehr als das: Radek, der noch immer in Berlin sein Unwesen treiben darf, soll das Eingreifen russischer Truppen in Aussicht gestellt haben, wie aus folgendem, vom Berliner Zentralrat verbreiteten Funkspruch hervorgeht:

Berlin, 8. Januar. Der in Berlin weilende Radek hat die aufständigen Spartakusleute ermahnt, sich zu halten, bis russische Truppen hereinkommen. Der Soldatenrat der 10. Armee würde die Russen durchlassen.

Von der Ostfront wird uns mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. Kein Soldatenrat duldet den Eingriff der russischen Truppen in unsere revolutionäre Kämpfe. Die Behauptung Radeks ist sinnlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Söhne an der Front stehen.

Zentralrat
der Sozialistischen Republik Deutschlands.
Leinert.

Hoffentlich entspricht die Bemerkung des Zentralrates, der Durchmarsch der Russen sei ausgeschlossen, den Tatsachen.

Nach den bis heute heute Mittag vorliegenden Meldungen scheint sich die Lage in Berlin etwas zu Gunsten der Regierung zu wenden, obgleich von einem entscheidenden Schlag gegen die Verbrecher an der öffentlichen Ordnung noch nichts zu hören ist.

Der Leser mag sich aus den hier mitgeteilten Nachrichten selbst ein Bild von der Lage in Berlin zu machen suchen. Natürlich kann jede Stunde neue Ueberraschungen bringen.

* * *

Zur Lage in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Die Zahl der Demonstranten, die gestern von Liebknecht und Rosa Luxemburg auf die Beine gebracht worden sind, ist bedeutend geringer als an den Vortagen. Der von der Regierung gezeigte Wille zum Durchgreifen hat wohl viele abgehalten, an den nicht mehr ganz ungefährlichen Spaziergängen teilzunehmen, dagegen sind die Agitatoren wieder in großer Zahl in die Stadt gesandt worden. Die Bevölkerung lehnt sich in wachsendem Maße gegen die zumeist nicht aus den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern aus den Kreisen der Intelligenz stammenden, gut gekleideten Männer und Frauen, auf. Es wird diesen Agitatoren zugerufen, und zwar vielfach von Arbeitern, die sich zur Mehrheitssozialdemokratie bekennen, daß sie im Dienste des russischen Geldes ständen. Sie seien bezahlte Agenten, die gute Geschäfte mit ihrer Agitation machten. Häufig werden diese Agenten auch verprügelt. (Recht so!)

Das Schießen Unter den Linden und an den Zugängen der Wilhelmstraße hielt auch während der Mittagsstunden an. Die Regierungstruppen erhielten fortgesetzt Verstärkungen. Es haben sich sehr viele entlassene Soldaten während der beiden letzten Tage in den Dienst der Regierung gestellt, um mit Waffengewalt den Terror der Spartakusleute zu brechen. Diese freiwilligen Truppen setzen sich aus Angehörigen aller Berufsschichten und aller Chargen zusammen.

Erfolge der Regierung gegen Spartakus.

Berlin, 9. Januar. (Drahtnachricht). Regierungstreue Truppen haben gestern das Spartakus-Organ „Die Rote Fahne" besetzt. Die Spartakisten verschanzten sich auf dem Hofe der Druckerei hinter Papierballen mit Maschinengewehren. Nach kurzem Kampfe wurde das Bollwerk genommen und die Redaktion besetzt. Die Telephonverbindung des Spartakusbundes mit Liebknecht und Rosa Luxemburg ist abgeschnitten. Die Regierung hat jetzt 5000 Studenten angeworben und bewaffnet, die unter Frontoffizieren stehende Kompanien bilden. Die Regierung soll jetzt über 70 000 bis 80 000 regierungstreue Truppen zur Verfügung haben. Das Haupttelegraphenamt und das Fernsprechamt sind in den Händen der Regierung. Flieger umkreisen seit einiger Zeit die von den Spartakisten besetzten Gebäude, besonders das des „Vorwärts". Für die Frechheit der Spartakusleute ist bezeichnend, daß an den Anschlagsäulen gestern ein Plakat erschienen ist, aus dem man sich, wie eine empörte Volksmenge Scheidemann aufknüpft, und darunter das lakonische Wort: „10. Januar!"

Die Eisenbahn in Berlin im Besitz der Regierung.

Berlin, 8. Januar. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, befindet sich die Eisenbahn im Besitz der Regierung. Von den Fernbahnhöfen ist eine Reihe von Zügen abgelassen worden.

Wassermangel in den westlichen Berliner Vororten.

Berlin, 8. Januar. Heute früh war in den westlichen Vororten das Gerücht verbreitet, daß die Spartakusleute die Wasserleitung zerstören wollten. Infolgedessen versorgten sich die Einwohner der Vororte so reichlich mit Wasser, daß das Charlottenburger Wasserwerk zu dessen Versorgung bereits viele Vororte gehörten, dem gesteigerten Bedarf nicht entsprechen konnte und Wasserknappheit eintrat.

Abfall von Eichhorn.

Berlin, 9. Januar. Einer Korrespondenz des „Lokal-Anzeigers" zufolge hat sich die republikanische Soldatenwehr von Eichhorn losgesagt und der Regierung unterstellt. Es sei eine Versammlung abgehalten worden, in der man das Vorgehen Eichhorns nicht billigte und beschlossen habe, eine Abordnung in die Reichskanzlei zu entsenden. Auch die bisher neutralen Berliner Divisionen haben sich unter dem Druck der zu erwartenden Frontsoldaten dazu bequemt, ihre neutrale Haltung zugunsten der Regierung zu ändern.

Der Leipziger A-u-S Rat gegen die Regierung Ebert-Scheidemann.

Leipzig, 9. Januar. (Drahtnachricht.) Der Leipziger A.- und S.-Rat hat eine Entschließung angenommen, die die A.- und S.-Räte Deutschlands auffordert, die schleunige Beseitigung der Regierung Ebert—Scheidemann zu fordern. Der Hauptbahnhof wurde gestern von Matrosen des hiesigen Ortskommandos besetzt, wie der A.- u. S.-Rat mitteilt, auf seine Veranlassung und im Einverständnis mit ihm.

Die Zusammenkunft der Finanzminister verschoben.

Berlin, 9. Januar. Der „Frankfurter Zeitung" zufolge ist die Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister im Reichsschatzamt, die am 10. d. Mts. tagen sollte, wegen der unsicheren Lage auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung, die am Sonntag stattfanden, haben ein Ergebnis gehabt, mit dem die Deutsche demokratische Partei sehr zufrieden sein kann. Daß das Zentrum mit 41 Mandaten an der Spitze der Parteien marschiert, war in dem zweifellos katholischen Baden vorauszusehen. Starken Grund zur Unzufriedenheit müssen dagegen die Sozialdemokraten empfinden, die mit 35 Mandaten gegen insgesamt 72 Nichtsozialdemokraten in einer hoffnungslosen Minderheit sind. Die Deutsche demokratische Partei wird mit ihren 24 Mandaten die Entscheidung über die politische Zukunft Badens in der Hand haben. Dazu beglückwünschen wir unsere badischen Freunde von Herzen! Im übrigen nehmen wir ihren Wahlerfolg als eine gute Vorbedeutung für den Ausgang der deutschen Wahlen am 19. Januar.

Zentrum und Wahlkompromisse.

Die „Germania" veröffentlicht die Richtlinien des Zentrums für die Verbindung von Wahlvorschlägen einzelner Parteien. Die wichtigsten lauten folgendermaßen:

„1. Die Sozialdemokratie ist für uns absolut bündnisunfähig. Zwischen ihr und den bürgerlichen Parteien klafft ein Abgrund, der nicht überbrückt werden kann.

2. Bürgerliche Parteien, die trotzdem etwa mit den Sozialdemokraten irgendwo im Reiche paktieren, werden dadurch für uns ebenfalls bündnisunfähig.

3. Im übrigen ist anzustreben, sich mit möglichst vielen bürgerlichen Parteien zu einer Listenverbindung zusammenzufinden. Die Aufgabe des einzelnen Wählers bei der Abstimmung bleibt davon ganz unberührt; er wählt trotz der Verbindung von Wahlvorschlägen lediglich die Kandidaten seiner Partei.

4. In erster Linie ist eine engere Verbindung mit den uns am nächsten stehenden Parteien anzustreben und mit ihnen dann gemeinsam eine weitere Verbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien zu suchen. Mit anderen Worten: Innerhalb einer größeren Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen sollen unsere Freunde eine engere Verbindung mit der einen oder anderen Partei eingehen, mit der sie in erster Linie gegenseitige Unterstützung vereinbaren möchten. Solche engere Verbindungen sind nach einer an uns gelangten authentischen Erklärung zulässig."

Deutschfeindliche Bewegung in Litauen.

Königsberg, 9. Januar. Vom stellvertretenden Generalkommando wird mitgeteilt: Ein zuverlässiger Vertrauensmann meldet: Von russischen Bauern jenseits der Grenze (Kybeiki) wurde mir mitgeteilt, daß sich unter den Litauern eine große Bewegung gegen die dort ansässigen Deutschen bemerkbar mache. Auch sei vor acht Tagen dort eine Gemeindeversammlung abgehalten worden, in der alle waffenfähige Männer aufgefordert worden sind, sich für die neu zu errichtende litauische Armee anwerben zu lassen. Ob diese Armee zur Abwehr des Bolschewismus oder zur Verdrängung der Deutschen dienen soll, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Böse Tage für Petersburg.

Berlin, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Ueber Stockholm meldet die russische Telegraphen-Agentur vom 7.: Die Lebensmittel fehlen in **Petersburg** fast vollständig, ebenso die Kohlen. Die Gefangenen erhalten nur zwei Suppen in der Woche und gar kein Brot. Die Geiseln sterben vor Hunger. Die Einwohner ernähren sich von dem Fleisch der in den Straßen verendeten Pferde. Die bolschewistischen Elemente zählen kaum 5 Prozent der Bevölkerung, jedoch verbinden sich mit ihnen eine große Zahl Einwohner, um etwas zu essen zu haben. Petersburg ist in einen wirklichen Kirchhof verwandelt. Jegliche Disziplin und Kontrolle ist verschwunden. In der Stadtverwaltung wird von oben bis unten gestohlen.

Zur Frage der englischen Abrüstung.

London, 7. Januar. (Drahtnachricht.) Lloyd George ist heute nach London zurückgekehrt. Er widmete seine Aufmerksamkeit

der Frage der Demobilmachung und verhandelte mit verschiedenen Personen über die möglichst rasche Entlassung der Soldaten aus dem Militärdienst. Außerdem hatte er eine Unterredung mit führenden Parlamentsmitgliedern wegen der Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Ueber die ministerielle Veränderung wird vor Donnerstag oder Freitag keine Mitteilung gemacht werden.

Die Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsbehörden Englands und Amerikas gescheitert.

London, 1. Januar. (Drahtnachricht.) „Daily News" erfährt, daß die Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsbehörden von Groß-Britannien und den Vereinigten Staaten wegen Ankaufs der unter britischer Verwaltung fahrenden Schiffe der amerikanischen und interalliierten Handelsmarine durch das amerikanische Schiffahrtsamt als gescheitert angesehen werden dürfen.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 10. Januar.

Wahlrede des Abg. Weinhausen der Deutschen demokratischen Partei.

In einer Riesenversammlung, für die der große Saal des Artushofes bei weitem zu eng war, sprach gestern abend der frühere Reichstagsabgeordnete Weinhausen-Danzig, dessen Namen die Deutsche demokratische Partei als ersten Kandidaten der Provinz Westpreußen auf die Liste gesetzt hat. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden führte Herr Weinhausen, der leider etwas erkältet war, folgendes aus:

Wähler, Wählerinnen und Bürger! In der mehr als 1000jährigen Geschichte des deutschen Volkes hat es nie eine Zeit gegeben, die so voll Not und Gefahr war, wie die gegenwärtige. Es hätte nicht erst des furchtbaren Blutvergießens in Berlin bedurft, um uns das klar zu machen. Der Krieg nach 4 unsagbar schweren Jahren ist verloren, zwei Millionen Toter, Männer im besten Alter, decken d es Feindes Land, mehr als eine Million Kriegsbeschädigter ruft nach Unterstützung und Arbeit, dazu der Feind vor den Toren, der sich eben anschickt, die Friedensbedingungen zu formulieren. In dieser Not sind wir berufen zum Wählen. Aus dieser Notlage ergeben sich für uns zwei Folgerungen, deren erste ist, den Wahlkampf so zu führen, daß wir uns nicht gegenseitig selbst zerfleischen. Dieser Wahlkampf darf noch weniger als jeder frühere gehässig geführt werden. Wir hatten soviele Gegensätze mit unseren Feinden zu überwinden, daß wir nicht noch weitere Gegensätze in unserem Volke dazu schaffen dürfen. Die zweite Folgerung ist die Wahlpflicht. Es darf sich niemand dieser Wahlpflicht entziehen, das gilt ganz besonders für die Wählerinnen, die über 1 Million Stimmen mehr verfügen als die Männer. Die äußerste Linke wird dafür sorgen, daß die letzte Tagelöhnerin und die letzte Kuhmagd ihre Wahlpflicht ausübt. Nun ist die Wahl aber diesmal so schwer, daß es selbst den Männern, die sich mit Politik schon länger befassen, Schwierigkeiten bereitet, sich durchzufinden. Sie sollen ja nicht einen einzigen Abgeordneten, sondern 11 zu gleicher Zeit wählen. Sie werden von den verschiedenen Parteien einen Stimmzettel erhalten, auf den jede Partei 11 Namen geschrieben hat. Auf diesen Zetteln ist nicht etwa der Name der betreffenden Partei angegeben, sondern sie unterscheiden sich lediglich durch die verschiedenen Namen der Kandidaten. Deshalb können Sie nur den Zettel Ihrer Partei kennen, wenn Sie den Namen des von Ihrer Partei als ersten Kandidaten aufgestellten Mannes kennen. **Der Zettel der Deutschen demokratischen Partei trägt also den Namen Weinhausen.** Ehe man wählt, muß man die schwerste Wahl treffen, das ist die Wahl der Partei. Die Parteien haben sich durch die Revolution neue Namen beigelegt und haben auch teilweise neue Programme aufgestellt. Deshalb werde ich Ihnen kurz die Merkmale der einzelnen Parteien auseinandersetzen. Es ist nicht so schlimm mit dem neuen Durcheinander der Parteien, wie es den Anschein hat. Im großen Ganzen sind die vier großen Gruppen, die wir schon immer hatten geblieben.

Den weiteren Ausführungen des Redners sei folgendes entnommen:

Auf der Rechten stände heute die

Deutschnationale Volkspartei.

Sie sei nichts anderes als die frühere Konservative Partei, denn sie setze sich aus allen seitherigen Elementen dieser Partei wieder zusammen: aus Deutsch-Konservativen, Landwirten, Alldeutschen, Antisemiten, Vaterlandsparteilern, Bund der Kaisertreuen, Verein zur schnellen Niederwerfung Englands (Heiterkeit!) und ähnlichen Gruppen, die alle gemeinsam hätten, daß

ihre bisherige Politik völlig bankerott gemacht

habe. Da sie mit ihr keine Wahlgeschäfte mehr machen können, so zeige ihr Wahlaufruf neue, bei ihnen ganz ungewöhnliche Forderungen. Plötzlich treten sie für gleiches Wahlrecht ein, nachdem sie bis unmittelbar vor Ausbruch der Revolution wütend für Beibehaltung des ungleichen Dreiklassenwahlrechtes in Preußen gekämpft hätten. Mit einem Male empfählen sie das parlamentarische Regierungssystem, das sie noch Ende Oktober und Anfang November, als es die Mehrheitsparteien einführten, in Grund und Boden verurteilt hätten. Sogar die Aemterbesetzung wünschten sie jetzt „nur nach Befähigung", während sie bis dahin nicht nur von allen Ministern, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten, sondern selbst vom Amtsvorsteher unzweifelhaft konservatives Bekenntnis verlangt hätten. Man freue sich zwar auch in der Politik mehr über einen Sünder, der Buße tue, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. Aber wenn ein so gründlicher Umschwung über Nacht erfolge, dann habe man doch wohl alle Ursache, mißtrauisch zu sein.

Mißtrauen sei um so angebrachter, als in wichtigen politischen Grundfragen die alte konservative Gesinnung noch nicht verleugnet werde, z. B. trete der konservative Parteiaufruf noch für die Monarchie ein und den Frauen werde nicht politische Gleichberechtigung, sondern nur „ein volles Anrecht auf die Mitwirkung an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens" zuerkannt. Das sei ein recht verschwommener Ausdruck gegenüber der demokratichen Forderung völliger politicher Gleichberechtigung der Frauen. Unter dem Jubel der Versammlungsbesucherinnen legte Weinhausen diese Forderung dahin aus, daß die Frauen nicht nur wählen dürften und gewählt werden könnten, sondern auch Zugang zu allen Staatsämtern erhalten müßten. Stürmische Heiterkeit erregte sein Zukunftsbild von der Frau Reichskanzler und ihrem Ehegemahl, Herrn Schulze.

Auf dem konservativen Schuldkonto stehe obenan die furchtbare Schuld an dem entsetzlichen Zusammenbruche, den wir jetzt vor uns sähen. Die unermüdlichen Kriegsverlängerer, die jede Anregung zum Verständigungsfrieden als Miesmacherei, Flaumacherei und Feigheit gebrandmarkt und immer nur den Schwertfrieden, große Kriegsentschädigungen und Annexionen verlangt hätten, hätten dadurch verschuldet, daß der letzte Rest von psychischer und physischer Kraft des deutschen Volkes an ein unmögliches Ziel gesetzt worden wäre, so daß jetzt alles kraftlos zusammengebrochen wäre. Hätten auch die konservativen Massen in gutem Glauben gehandelt, so seien doch die konservativen Führer um so schuldbeladener, denn sie hätten den gleichen Einblick in den Stand der Dinge gehabt, wie die Führer der Mehrheitsparteien auch. Aber selbst noch heute verbreiteten konservative Agitatoren die falsche Anschauung, daß wir gesiegt haben würden, wenn wir auch nur kurze Zeit noch ausgehalten hätten. Das sei sehr falsch, weil heute feststehe, daß die Ueberlegenheit an Menschen und Material in den letzten Monaten derartig zugenommen habe, daß auch ohne den Zusammenbruch der Bundesgenossen die tapferen deutschen Helden keinen dauernden Widerstand mehr hätten leisten können. Wir haben zwei Millionen Tote, sollten wir die Opfer noch weiter steigern? Mit so schwerbelasteten Politikern könne die Deutsche demokratische Partei

keine Gemeinschaft bei den Wahlen

machen. Das Volksgericht, das jetzt über die Konservativen hereinbrechen werde, möge seinen Gang nehmen.

Die Deutschnationale Volkspartei suche dieses Strafgericht abzuwenden durch allerlei Fechterkunststücke. Sie behaupte, die Revolution sei schuld am Zusammenbruch. Aber in Wirklichkeit sei die Revolution erst aus dem Zusammenbruche geboren und darum durch die konservativen Kriegsverlängerer mitverschuldet. Sie versuchten ferner das konfessionelle Feuer mit vollen Backen anzupusten, das Adolf Hoffmann mit seiner Ankündigung der Trennung von Kirche und Staat entzündet habe, als ihn die Revolution in ihrem Zorne zum preußischen Kultusminister gemacht hatte. Er, Redner, stimme aus vollem Herzen der Ansicht zu, daß

ein neuer Kulturkampf ein Unglück

bedeute. Deshalb würde er auch jetzt gegen die Trennung von Kirche und Staat stimmen, wenn diese Frage überhaupt die konstituierende Nationalversammlung beschäftigte. In Wirklichkeit seien aber die bundesstaatlichen Volksvertretungen für diese Frage zuständig, und schon daraus könne man ersehen, sie jetzt nur künstlich als Agitationsmittel von den Konservativen in den Wahlkampf geworfen werde.

Am Zentrum, das sich jetzt

„Christlich-demokratische Partei"

nenne, begrüßte Weinhausen den offenbar zunehmenden demokratischen Grundzug, tadelte aber die Vermengung von Religion und Politik, die eben erst dazu geführt habe, daß namhafte Zentrumsführer im Rheinland für Lostrennung von Preußen und für Selbständigmachung der Provinz ebenso eingetreten seien, wie katholische Kreise Bayerns und Oberschlesiens für Lostrennung vom Reich. Solchen Bestrebungen müsse man mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Den

Polen

habe die Partei des Redners immer Gerechtigkeit widerfahren lassen, um so schärfer müsse sie jetzt gegen die unverantwortlichen Angriffe der Polen auf deutsches Gebiet protestieren. Wenn mit Worten, wie es den Anschein habe, nichts gegen die Polen auszurichten sei, so sei es die Pflicht der deutschen Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln zu verhindern, daß deutsches Land vor dem Schiedsspruche der Friedenskonferenz polnisch gemacht werde. Denn damit werde eine spätere friedliche Nachbarschaft von vornherein unmöglich gemacht. Westpreußen muß unter allen Umständen deutsch bleiben.

Korfanty und v. Trampczynski hätten in einer der letzten Reichstagssitzungen noch aus freien Stücken ihm, dem Redner, versichert, daß Danzig niemals gegen den Willen seiner Bewohner polnisch werden solle, und daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Danzig geachtet werde. Daran müsse man die jetzt in Polen so einflußreichen Herren kräftig erinnern.

Die Polen bewerben sich anscheinend nicht um Mandate. Aber schon durch ihre Wahlenthaltung werden sie stark das Ergebnis der Wahlen beeinflussen. Die Angehörigen unserer Partei haben von jeher den Standpunkt der Gerechtigkeit gegenüber den Polen betont. Sie sind eingetreten für den Schutz des Deutschtums im Osten, sie haben aber auch Front gemacht gegen die Ausnahmegesetze und die Zickzackpolitik der Regierung, die das eine Jahr mit der Peitsche, das andere Jahr mit einem Zuckerbrot regieren wollte. Wir haben alle Ursache, mit dem 20 Millionenvolk der Polen in freundschaftlichem Verhältnisse zu leben, weil wir auf einander angewiesen sind. Was jetzt aber vor sich geht in der Provinz Posen, ist geeignet das nachbarliche Verhältnis zu vergiften. Deshalb müssen wir schon vom Standpunkt der Grechtigkeit aus entschlossen Einspruch erheben gegen alles, was seitens der Polen gegen das Deutschtum unternommen wird. Wir legen gegen das Bestreben der Polen, dem Friedenskongreß vorzugreifen und ihn vor heutige Tatsachen zu stellen, entschieden Verwahrung ein und rufen ihnen zu: Hände weg vom deutschen, vom preußischen Besitz. (Lebhafter Beifall).

Redner gab dann eine kurze Schilderung der

Hauptforderungen der Deutschen demokratischen Partei.

Sie dürfe nicht mit der Sozialdemokratie verwechselt werden, von der sie sich ebenso scharf abgrenze, wie von den Rechtsparteien. Ihre Zusammensetzung sei einheitlich, da der annexionistische und wahlrechtsgegnerische Flügel der Nationalliberalen nicht aufgenommen sei und nur die linksnationalliberalen Fortschrittler und die links von ihnen stehende Gruppe der Demokraten sich verschmolzen hätten. Die neue Partei wolle eine Volksrepublik statt der jetzigen Arbeiterrepublik, eine Volksregierung statt der früheren Junkerherrschaft und der jetzigen sozialistischen Klassenherrschaft. Wir seien heute geknechteter, als wir früher waren.

Die Deutsche demokratische Partei trete ein für Reichserhaltung, für Freiheiterhaltung und für Religionserhaltung. In der Landwirtschaft fordere sie die Ansiedelung von Bauern auf den großen Riesengütern; für den städtischen Mittelstand, die Handwerker, kleinen Kaufleute, Beamten und Privatangestellten verlange sie Entschuldung mit Staatshilfe und freie Aufstiegsmöglichkeit. Weinhausen betonte, daß die höchste Zierde des deutschen Beamten die Unbestrechlichkeit gewesen sei diese Zierde müsse man der Beamtenschaft durch ausreichende Bezahlung erhalten. Für Industrie- und Landarbeiter müsse Koalitionsfreiheit gesichert werden. Alle Stände und Berufe hätten gleichmäßig Anspruch auf Förderung und alle Vorrechte müßten aufhören. (Beifall). Besondere Fürsorge sei den Kriegsverletzten zugesichert.

Das „Sündenregister" der Deutschen demokratischen Partei sei jetzt noch kurz, werde aber von den Gegnern im Wahlkampf schon noch verlängert werden. Die Sozialdemokraten nennten sie mit vollem Unrecht eine Mischmaschpartei, während sie doch viel einheitlicher als die Sozialdemokratie selbst wäre. Man beschuldige sie der Begünstigung des Großkapitals, während doch das Großkapital im Kriege mit den konservativen Kriegsverlängern an einem Strange gezogen habe und sich jetzt sicher hüten werde, einer Partei beizutreten, die in ihrem Wahlaufruf eine einmalige nach oben stark progressive Vermögensabgabe und eine hohe Besteuerung der großen Einkommen fordere. Redner sprach dann über die Kriegslasten, die wir zu tragen haben; 15 Milliarden Kriegssteuern lasten jährlich auf uns, wenn wir nicht dauernd in Schuldknechtschaft der Feinde bleiben wollen; macht Deutschland bankerott, dann wird unser Vaterland ein großes englisches Arbeitshaus! Auch der Vorwurf der Judenpartei werde den Demokraten zu Unrecht gemacht, denn sie gestehe weder den Juden noch den Katholiken, noch den Evangelischen irgend ein Vorrecht zu, und frage überhaupt nicht als politische Partei nach religiösem Bekenntnis ihrer Anhänger. Der erbärmlichste Vorwurf sei der von den Konservativen erhobene, der mangelhaften nationalen Gesinnung. Das sei einer der schäbigsten Ladenhüter aus dem alten konservativen Agitationsschrank, der gegenwärtig um so widerlicher wirke, als jetzt noch zahlreiche demokratische Kriegsverletzte in den Lazaretten liegen und über die Straßen gingen, die denselben Blutzoll entrichtet hätten, wie die Angehörigen anderer Parteien. (Sehr richtig.) Wer heute noch mit seiner besonderen nationalen Gesinnung vor anderen sich brüste, der sei aller Scham bar. Die Deutsche demokratische Partei lasse sich von keiner anderen an nationaler Gesinnung übertreffen.

Darauf zog Redner

scharfe Trennungslinien gegen die Sozialdemokratie.

Ihr machte er besonders zum Vorwurf, daß sie in den verflossenen acht Revolutionswochen nicht nur keine Ordnung habe herbeiführen können, sondern daß der Wirrwarr und die Unsicherheit noch ständig gewachsen seien. Von Freiheit und Brot seien wir heute weiter entfernt als vor acht Wochen. Je länger die Sozialdemokratie regiere, um so gefährlicher wachse Spartakus. Wilde Streiks, allgemeine Arbeitsunlust und finanzielle Vergeudung hätten Deutschland an den Rand des Untergangs geführt. Deshalb müsse jeder Wähler nach dem Worte handeln:

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Eine sozialistische Republik werde die Verewigung der heutigen unhaltbaren Zustände bringen und müsse deshalb mit aller Macht verhindert werden. Die Sozialdemokratie werde unter keinen Umständen eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten, weil sie sonst gezwungen sei, ihr sozialistisches Programm der Abschaffung des Privateigentums und der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, durchzuführen, was in den bevorstehenden Notzeiten den sicheren Ruin Deutschlands bedeuten würde. Daher keine Stimme für den Sozialdemokraten.

In der nachfolgenden Aussprache versuchten zunächst Frau Paul und Herr Petrich die Versammlung in deutsch nationalem Sinne zu beeinflussen. Darauf trat Herr Bahnmeister Krüger entschlossen für die Ziele der Deutschen demokratischen Partei ein. Seinen Ausführungen, die mit großer Aufmerksamkeit und starkem Beifall entgegengenommen wurden, entnehmen wir u. a. folgendes: Vor etwa 60 Jahren trat zum ersten Male die deutsche Fortschrittspartei auf den Plan, die erste Partei, die den Namen „Deutsch" auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Wir die Deutsche demokratische Partei, sind die Nachfolger jener Partei. Wir haben wohl unseren Namen, aber nicht unsere Grundsätze gewechselt, die von jeher in der Forderung nach Freiheit und Recht wurzelten. Das alte Deutschland war in zwei Lager geteilt, in die Außenkämpfer mit der Berechtigung zum einjährigen-freiwilligen Dienst und diejenigen, die diese Berechtgung nicht hatten. Um die deutsch-nationale Volkspartei kurz zu charakterisieren, so weise ich nur auf die Haltung der Konservativen bei Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems hin, auf den Widerstand, den sie hierbei geleistet haben. Das preußische Abgeordnetenhaus war kein Abgeordnetenhaus mehr, sondern eine Karikatur, eine Brutstätte der preußischen Junker. Fast ein Jahr brauchten die Konservativen dazu, um ein elendes, zerstückeltes Werk eines neuen Wahlgesetzes dem Abgeordnetenhause vorzulegen. Wenn sich diese Herren heute den Namen „Volkspartei" beigelegt haben, so klingt das wie Hohn. (Zuruf: „vox populi, vox Rindvieh.") Das geschieht nur zum Zwecke des Stimmfangs. Die Sozialdemokratie ist nur die Vertreterin der Industriearbeiter, und nicht einmal all dieser. Sie vertritt nur die freien Gewerkschaften, während sie die deutschen Gewerkvereine auf das heftigste bekämpft. Gerade der Mittelstand sollte es sich überlegen, ob er sich nach links oder nach rechts oder für die Deutsche demokratische Partei entscheidet. Dem Mittelstand kann nur der helfen, der bei ihm kauft und möglichst gleich bezahlt. Auf der Rechten wie auf der Linken wird dem entgegengearbeitet, ich erinnere nur an die Offizervereine, die sich jetzt über all zum Zwecke des gemeinschaftlichen Warenbezuges bilden, und an die Konsumvereine. Darum geben Sie Ihre Stimmer der Partei, die Sie auch vertritt, der Deutschen demokratischen Partei.

Herr Staatsanwalt Bennecke versuchte vergeblich, mehrere Anwürfe des Hauptredners zu widerlegen. Da die Versammlung für seine Ausführungen wenig Empfänglichkeit bewies, verließ Redner vorzeitig den Saal, sodaß Herr Weinhausen nur kurz auf die Darlegungen des Herrn Bennecke eingehen konnte. Redner betonte zum Schluß seiner von stärkstem Beifall bgleiteten Ausführungen, daß zwar keine Verbindung im Wahlkampf mit den Deutschnationalen möglich sei, daß aber gegen eine Verbindung der Listen keine Bedenken bestehen. Herr Weinhausen ließ seinen Vortrag ausklingen in die Mahnung: Prüfet alles und behaltet das Beste.

Herr Justizrat Aronsohn dankte darauf dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen und schloß die Versammlung.

— **In der St. Georgenkirche** zu Thorn-Mocker findet Sonntag nachmittag 5 Uhr anstelle des Nachmittagsgottesdienstes eine Versammlung der Gemeinde statt, in der Pfarrer Heuer einen Vortrag über die Trennung von Kirche und Staat halten wird, mit anschließender Aussprache.

— **Eine öffentliche Frauenversammlung der deutschen demokratischen Partei** findet, wie bereits angekündigt, Sonnabend, den 11. Januar im Artushof statt. Dort wird Frau Carstenn aus Elbing über die deutsche demokratische Partei und die Frauen sprechen. Frau Ella Carsten Elbing, geb. 1857, wurde 1892 nach dem Tode ihres Mannes, als erste Lehrerin an einer Elbinger Knabenschule angestellt. Sie war Mitbegründerin des Elbinger Lehrerinnenvereins und Begründerin der Ortsgruppe der preußischen Volksschullehrerinnen. Nachdem sie schon vorher mit der Frauenbewegung Fühlung gewonnen hatte, wurde sie Mitbegründerin und Vorsitzende des Vereins der weiblichen Angestellten in Handel und Gewerbe und wirkte dann als Vorsitzende in dem 1904 gegründeten Verein Frauenwohl. Beim Ausbruche des Krieges organisierte sie in Elbing durch Zusammenschluß der sämtlichen Frauenvereine den „Nationalen Frauendienst", durch den z. B. 48000 ostpreußische Flüchtlinge Hilfe erhielten. Im Februar 1917 erhielt sie bei der Allensteiner Kriegsamtsstelle das Frauenreferat für den Bezirk des 20. Armeekorps. Durch die Revolution erwuchs ihr als besondere Aufgabe die Aufklärung der Frau über das Wahlrecht und über andere Fragen. Das Hauptverdienst der Frau Carstenn liegt auf sozialem Gebiete, auf dem sie sich durch ihr hervorragendes organisatorisches Talent ganz besonders auszeichnet. Für die preußische Landesversammlung wäre ihre Wahl ein überaus großer Gewinn.

Schillno. Die deutsche demokratische Partei veranstaltete am Mittwoch abend im Gasthause des Herrn Schmidt eine öffentliche Versammlung, die sich zahlreichen Besuches erfreute. Herr Hintz aus Thorn schilderte die Wege und Ziele der deutschen demokratischen Partei, die gerade die Partei der ländlichen Besitzer sein wolle und sein müsse. Im Anschluß an den Vortrag, der von der großen Mehrzahl der Anwesenden beifällig aufgenommen wurde, entspann sich eine lebhafte Erörterung, die durch Herrn Pfarrer Anuschek damit eingeleitet wurde, daß er, der es mit der Deutschnationalen Volkspartei hält, der demokratischen Partei alle möglichen und unmöglichen Vorwürfe machte, die zum Teil bereits durch die vorangehenden Ausführungen des Herrn Hintz widerlegt waren. Diese vorher anzuhören, hatte der Herr Pfarrer nicht für nötig gehalten, denn er erschien erst, nachdem Herr Hintz seine Rede beendet hatte. Man konnte natürlich um dieses einen Versammlungsteilnehmers willen nicht alles wiederholen, was die übrigen bereits gehört hatten, aber die An-

wort auf die zum Teil von weitgehender Unkenntnis der politischen Verhältnisse zeugenden Angriffe blieb nicht aus. Unter anderm hatte Herr Pfarrer A. die jeden nur einigermaßen mit dem Parteileben vertrauten Zeitgenossen verblüffen mußte: Der Demokrat Gerlach habe gesagt, die demokratische Partei stehe noch links vom Spartakusbunde. Von Herrn Hauptschriftleiter **Schmid** von der „Thorner Zeitung" in entgegenkommender Weise darauf aufmerksam gemacht, daß er, Pfarrer A., sich vielleicht versprochen habe, blieb der Gegner bei seiner ungeheuerlichen Behauptung, die wohl nur damit erklärt werden kann, daß er selbst nicht recht wußte, was er damit sagte. Ganz bedenklich verrannte sich der Redner, als er, den Gegensatz zwischen seinem, dem nationalen Standpunkt, und allem, was international ist, betonte. „International ist", so führte er aus, „über die einzelnen Nationen hinausgreifend. Ich fühle nur als ein Deutscher. Alles, was über die Grenzen unseres Vaterlandes hinausgeht, führt zur Erschlaffung." Zu seiner nicht geringen Ueberraschung wurde ihm daraufhin von Herrn Schmid nachgewiesen, daß er, der Pfarrer, nach seiner eigenen Erklärung des Begriffes „international" einer großen Internationale, wohl der größten der Welt, angehöre. International im edelsten Sinne des Wortes, das heißt die Völkergegensätze überbrückend, sei nämlich das Christentum, zu dem sich der Herr Pfarrer bekenne. Dieser erhob sich und widersprach aufs heftigste, indem er erklärte, in seinem Gründer sei das Christentum nicht international, denn Christus war nur Jude, Christus war Jude durch und durch." Als er von Herrn Schmid auf diesen Ausspruch festgelegt und ihm seine eigenen und seines Parteifreundes Zube Angriffe auf die Juden entgegengehalten wurden, stellte er erregt in Abrede, den Ausdruck „Jude durch und durch" gebraucht zu haben. Er habe gesagt „seiner Zeit." Aber die Versammelten bezeugten durch lebhafte Zurufe, daß sich der Herr Pfarrer genau so ausgedrückt habe, wie es ihm Herr Schmid aufgrund seiner Aufzeichnungen vorgehalten habe. Das war nun freilich für Herrn Pfarrer A. etwas peinlich und er suchte nachher verbindlichere Töne anzuschlagen. Mit einem Schlußwort des Herrn Hintz war die Versammlung beendet, deren Ergebnis die sofortige Gründung einer Deutschdemokratischen Ortsgruppe war. Es meldeten sich zahlreiche Mitglieder.

Neueste Nachrichten.

Die Lage in der Provinz Posen.

Bromberg, 9. Januar. In der Nacht vom 7. zum 8. wurden die Polen bei **Labischin** von einer freiwilligen Kavalleriepatrouille durch schneidigen Ueberfall niedergeworfen. Am 8. 1. wurde ein starker Angriff der Polen gegen **Schubin** abgeschlagen. Bromberger Truppen machten 98 Gefangene und erbeuteten 4 Maschinengewehre. Die Truppen, meist Freiwillige aus dem Regierungsbezirk Bromberg haben sich sehr gut geschlagen. Verluste: Ein Toter und mehrere Leichtverwundete. Am 9. 1. zogen sich die Polen auf **Znin** zurück.

In **Nakel** sind auf Ansuchen der Polen Verhandlungen zwischen dem Bevollmächtigten Nakels und des Kreises **Wirsitz**, dem Divisionskommandeur der 4. Inf.-Division, und dem Vollzugsausschuß **Bromberg** angebahnt worden, die zum Einstellen der Feindseligkeiten bei Nakel führten und die Zustände vor dem 1. Januar wieder herstellten. Damit ist die Bahn, Post und Kanallinie Bromberg-Schneidemühl wiederhergestellt.

Bromberg, 9. Januar. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist die Stadt **Nakel** sowie der ganze Kreis **Wirsitz** von den Polen gesäubert. Es wurden viele Gefangene gemacht sowie mehrere Maschinengewehre erbeutet. Die betreffenden Polen, die mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurden, wurden den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung übergeben. Der Bahnverkehr nach und von Berlin wurde heute wieder aufgenommen.

Posen, 9 Januar. (Dr.) Gestern mittag gegen 2 Uhr versuchten erneut 3 Flugzeuge aus Frankfurt a. O. Bomben auf die Fliegerstation **Lowico** abzuwerfen. Infolge der Abwehr durch Maschinengewehre warfen sie ihre Bomben in der Umgebung ab. Durch eine Bombe wurde der 10jährige Sohn eines Besitzers getötet und drei andere Personen verwundet, sowie Schaden an Gebäuden angerichtet. Als Abwehrmaßnahmen gegen derartige Angriffe sollen jetzt deutsche Offiziere in **Lowico** interniert werden.

Umwälzungen in der Verwaltung der Provinz und Stadt Posen.

Posen, 9. Januar. (Dr.) Mit dem heutigen Tage hat das Amt des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten von **Posen** Rechtsanwalt **Trampczynski** aus Posen, das Amt des Präsidenten der Ansiedlungskommission Bankdirektor **Bajonski** und das Amt des Polizeipräsidenten Fritz **Przpecki** aus Posen übernommen.

Posen, 9. Januar. (Dr.) In einer Bekanntmachung erklärte der polnische Oberste Volksrat, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage sowohl die Regierungs- als auch die Militärgewalt auf die Polen übergegangen sei. Die bisherigen Behörden hätten sich außer Stande erklärt, Ruhe und Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat sei machtlos. Die Unorduung nehme zu. Infolgedessen übernehme der polnische Oberste Volksrat die Leitung der Regierung und der militärischen Angelegenheiten. Die endgiltige Regelung der polnischen Frage bleibt dem Friedenskongreß überlassen.

Die Bekanntmachung besagt u. a. weiter, daß sämtliche Militär- und Zivilpersonen von jetzt ab der Leitung des Obersten Volksrats unterstehen. Die Beamten werden aufgefordert, ihre Stellungen nicht zu verlassen. Der deutschen und der jüdischen Bevölkerung wird die Sicherheit des Lebens und des Eigentums zugesichert. Sämtliche Lebensmittelvorräte, soweit sie Staatseigentum sind, gehen in die Obhut und Kontrolle des Obersten polnischen Volksrats über. Ueber die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Uebernahme der höchsten Behörden und die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln werden besondere Anweisungen ergehen.

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. **11. 1. 1919**

Bekanntmachung.

Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung (Reichswahlgesetz vom 30. November 1918. Vom 28. Dezember 1918.)

Artikel I.

Auf Grund von § 9, Absatz 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

§ 16, Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt:

Bescheinigung.

(Truppenteil) (Datum)

Dem (Vor- und Zuname) . . . .

geboren am . . . .

(Stand oder Gewerbe) . . . .

wohnhaft in . . . .

wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt.

(Dienstsiegel) (Unterschrift)

(Dienstgrad)

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichsmarineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

Artikel III.

Die Verordnung hat Gesetzkraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. **Haase.**

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuss

Vorstehende Verordnung wir hierdurch zur allgemeinen und insbesondere auch den Herren Wahlvorstehern zur Kenntnis gebracht.

Thorn, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Anordnung

betreffend Schlachten von Pferden.

Mit Rücksicht darauf, daß vielfach noch arbeitsfähige Pferde, die zum größten Teil aus den Heeresbeständen stammen, zu Schlachtzwecken verwendet werden, ordne ich auf Grund der mir von dem Staatskommissar für Demobilmachung durch Verordnung Nr. 26 vom 12. November 1918 erteilten Ermächtigung für den Umfang des Regierungsbezirks Marienwerder folgendes an:

§ 1.

Pferde dürfen nur geschlachtet werden, nachdem durch die Untersuchung eines Tierarztes festgestellt worden ist, daß sie nicht mehr arbeitsfähig sind.

Ueber die Arbeitsfähigkeit des von ihm untersuchten Pferdes hat der betreffende Tierarzt dem Besitzer des Pferdes eine Bescheinigung auszustellen, in welcher der Name und Wohnort des Besitzers sowie eine genaue Bezeichnung des Pferdes nach Farbe, Geschlecht, Alter und Kennzeichen anzugeben sind.

Diese Bescheinigung hat eine Gültigkeit von 3 Tagen, den Tag der Untersuchung mitgerechnet.

§ 2.

Stellt der untersuchende Tierarzt fest, daß das von ihm untersuchte Pferd noch arbeitsfähig ist, so hat er dessen Besitzer dies zu eröffnen und die Schlachtung des Pferdes zu verbieten sowie dem Landrat desjenigen Kreises, in dem der Wohnort des Besitzers des Pferdes gelegen ist, hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

§ 3.

Die Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 und der zu diesem erlassenen Ausführungsbestimmungen werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei den zur Schlachtung zugelassenen Pferden eine nochmalige Lebendbeschau innerhalb des Zeitraums der Gültigkeit der Bescheinigung (§ 1) nicht erforderlich ist.

§ 4.

Zuwiderhandlungen der Pferdebesitzer und von Personen, die Schlachtungen von Pferden ausführen, gegen vorstehende Bestimmungen werden auf Grund des § 6 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (R. G Bl. S. 1292) mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bestraft.

§ 5.

Vorstehende Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Marienwerder, den 28. Dezember 1918.

Der Regierungspräsident u. Demobilmachungskommissar.

J. V. gez. Werner.

Veröffentlicht,

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Abgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 13. bis 25. Januar 1919 **können auf Lebensmittelkarte**

nur in den kaufmännischen Geschäften

bezogen werden:

Auf Abschnitt		**Nr. 34 I 125 Gr. Nudeln,** Preis für gewöhnl. Ware 66 Pf. für 1 Pfund, Preis für Auszugsware 88 Pf. für 1 Pfund,	oder je 6 Portionen Essen im Kriegsspeisehaus.
"	"	**Nr. 35 I 125 Gr. Graupe,** Höchstpreis 44 Pfg. für 1 Pfund,	
"	"	**Nr. 36 I 100 Gr. Hirsegrütze,** Preis 1,30 Mk. für ein Pfund,	
"	"	**Nr. 37 I 500 Gramm Sauerkraut,** Preis 33 Pfg. für 1 Pfund.	
"	"	**Nr. 38 I 250 Gr. Kaffee-Ersatz,** Preis für gepackte Ware lt. Aufdruck. Preis für lose Ware 2,50 Mk. für 1 Pfund,	
"	"	**Nr. 39 I 250 Gramm Marmelade,** Preis 1,00 Mk. für 1 Pfund,	

Alle hier aufgerufenen Abschnitte verlieren mit dem 25. Januar 1919 ihre Gültigkeit.

Ohne Marken werden in den Städt. Verkaufsstellen abgegeben: **Geflügelfutter in beliebiger Menge** zum Preise von 30 Pfg. für 1 Pfund, ferner **Brühwürfelextrakt, Ersatzbrühwürfel, Tafelsenf, Dörrzwiebeln, Salz.**

Thorn, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Gouvernements werden die

Demobilmachungs-Pferdeversteigerungen mit dem 8. Januar eingestellt.

Thorn, den 9. Janaar 1919.

Der Magistrat.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die städtischen Körperschaften haben eine

Personenbestandsaufnahme

beschlossen, die am

Sonntag, den 12. Januar

stattfinden soll

Sie bezweckt nach dem Vorgange früherer Volkszählungen insbesondere das Nationalitäten-Verhältnis in der Stadt festzustellen.

Nach dem Vorgange der Volkszählung im Jahre 1917 ist die Stadt in 72 Zählbezirke eingeteilt worden, für deren Besetzung mit je einem Vorsteher wir hauptsächlich die Lehrkräfte in der Stadt in Anspruch nehmen müssen.

Die Gewinnung von Zählern liegt den Herren Zählbezirksvorstehern ob. Diese erhalten die nötige Anzahl Zählbogen alsdann am 8 vorm. und sind ersucht worden, die Zähler zum Empfange und zur Austeilung an die Haushaltungsvorstände entsprechend in Anspruch zu nehmen, sodaß am 11. abends spätestens jeder Haushaltungsvorstand im Besitze des auszufüllenden Zählbogens ist.

Die Abholung der Zählbogen durch die Zähler (Zählerinnen) hätte am Montag, den 13. d. Mts. bereits zu beginnen, und wäre das gesammelte und vom Zählbezirksvorsteher nach Möglichkeit auf Vollständigkeit der Angaben geprüfte Schriftwerk schon bis zum 15 Januar 3 Uhr nachmittags zu unserer Registratur, Zimmer 18, zurückzuliefern.

Die Zähler werden besonders darauf hingewiesen, daß sie die Spalten über Muttersprache und Nationalität gewissenhaft ausfüllen lassen.

Als nicht dem deutschen Reiche angehörig sind in Spalte 10 nur die Ausländer einzutragen, Elsässer oder Lothringer als solche ausdrücklich zu bezeichnen

Wer sich in Spalte 9 als polnisch (Pole) benennt, ist in Spalte 10 als „dem deutschen Reiche angehörig" durch unterstreichen des Wortes „ja" einzutragen Selbstverständlich sind **alle zur Haushaltung gehörenden Personen ohne Unterschied des Alters** in die Zählbogen aufzunehmen

Wir bitten die Haushaltungsvorstände dringend, die Zählbogen gewissenhaft auszufüllen, den Zählern vom 13. ab zur Verfügung zu halten, ihnen überhaupt die Arbeit möglichst leicht zu machen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung (Gas und Elektrizität) vom 2 November 1917 bestimmen wir:

§ 1.

Es ist verboten, offene Verkaufsstellen an den Vormittagen und nachmittags nach 4 Uhr mit Gas oder Elektrizität zu beleuchten.

§ 2

Die Beleuchtung offener Verkaufsstellen durch Sicherheitslampen während der Nachtzeit ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft

§ 4.

Wer gegen diese Verordnung verstößt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis 10 000 M. oder einer dieser Strafen bestraft.

Thorn, den 9. Januar 1919.

Der Magistrat.

Hasse. Asch.

Ausgabe von Wruken.

Neben den zur Ausgabe gelangenden 4 Pfund Kartoffeln für die Person und Woche können von jetzt ab

Wruken in beliebiger Menge

bezogen werden. Dieselben sind in der Ausgabestelle im Rathaus und in den Kartoffelverkaufsstellen auf den Vorstädten zu haben.

Für die im Rathauskeller abzunehmenden Wruken sind bezahlte Wrukenkarten nach wie vor im Verteilungsamt II abzuholen.

Thorn, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Das für das Jahr 1918 aufgestellte Verzeichnis der Unternehmer der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Stadtkreise Thorn liegt gemäß § 995 der Reichsversicherungsordnung im Büro 3 im Rathause zwei Wochen lang und zwar vom 13. Januar bis einschl. 26 Januar 1919 zur Einsicht der Beteiligten aus.

Binnen einem Monat nach Ablauf der Frist können die Beteiligten bei dem Sektionsvorstande — Stadtausschuß — hierselbst dagegen Widerspruch erheben

Thorn, den 30. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Die Feuerversicherungsbeiträge für die bei der **städtischen Feuersozietät** versicherten Baulichkeiten sind nach §§ 5 und 6 des Statuts im Laufe des **Monats Januar jeden Jahres** zu entrichten.

Die bis 1. Februar nicht eingegangenen Beiträge werden im Zwangsverwaltungsverfahren eingezogen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Grützwurstverkauf.

Der Verkauf von Grützwurst erfolgt nicht mehr in den städtischen Verkaufsstellen, sondern in Fleischerläden und zwar an jedem Sonnabend, vormittags.

Es dürfen nur bis zu 3 Pfund an einen Haushalt abgegeben werden.

Der Verkaufspreis beträgt 1 Mk. pro 1 Pfund

Thorn, den 9. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Danksagung.

Für die mannigfachen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen, insbesondere Herrn Pfarrer **Jacobi**, unseren innigsten Dank aus.

Familie Seibicke.

Die Gebührenordnung für Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten im Stadtkreise Thorn und für Benutzung des städtischen Krankentransportwagens vom 12./19. Juni 1913 hat durch Nachtrag vom 23. Mai/12. Juni 1918, genehmigt durch den Bezirksausschuß zu Marienwerder unterm 27. November 1918 — B. A. II. 308 —, im § 1, Abs. 4, 5 und 6 folgende Fassung erhalten:

4. Für einmalige Benutzung des Krankentransportwagens zur Beförderung einheimischer Personen oder deren Sachen
   a. bei Veranlagung des Zahlungspflichtigen zu einer Staatseinkommensteuer von weniger als 21 Mark (bis ausschließlich 1650 Mark Einkommen) . . . . 3.00 M.
   b. desgleichen von 21 bis 52 M. (von 1650 bis ausschließlich 3000 Mark Einkommen) . . . . 6.00 M.
   c. desgleichen von 60 bis 146 Mark (von 3000 bis einschließlich 6000 Mark Einkommen) . . . . 9.00 M.
   d. desgleichen von mehr als 146 Mark (6000 Mark und mehr Einkommen) . . . . 12.00 M.
5. für einmalige Inanspruchnahme des Wagens von auswärts wohnhaften Personen innerhalb des Stadtgebietes . 12.00 M.
6. Bei Benutzung des Wagens außerhalb des Stadtkreises Thorn wird eine feste Gebühr von . . . . 20.00 M. und außerdem für jede volle oder angefangene Stunde der Benutzung d. h. Hin-, Rückfahrt und Wartezeit, einschließlich der Bedienungsmannschaft eine Gebühr von 6.— M. berechnet.

Dieser Nachtrag zur Gebührenordnung vom 12./19. Juni 1913 tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Thorn, den 23. Mai 12. Juni 1918.

Der Magistrat.

gez. Hasse. (L. S.) Ackermann

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Schlee.

Der

parit. städt. Arbeitnachweis (Abtlg. weibl. Personal)

Rathaus-Erdgeschoß

bittet dringend um

Angebote von offenen Stellen für weibliches Hauspersonal pp.

Der

parit. städt. Arbeitnachweis (Abtlg. männl. Personal)

Gouvernementsgebäude — Neustädt. Markt

sucht

Schuhmacher, Schneider, Maschinenschlosser und Maschinisten

empfiehlt

Schlosser- und Fleischer-Lehrlinge, sowie Arbeiter und Handwerker jeder Art.

Beschwerden über die Vermittelung sind an den parit. städt. Arbeitnachweis zu richten.

Notstandsarbeiten.

Zur Beseitigung der Drahtverhauhe und der Schützengräben auf dem Fußartillerie-Schießplatz zwischen dem Barackenlager und Dziwak werden

Arbeiter

in jeder Anzahl eingestellt. **Kriegsbeschädigte werden bei der Arbeit besonders berücksichtigt.**

Als Entschädigung für den Ein- und Rückweg werden für Arbeiter, die auf dem linken Weichselufer wohnen, 1 Stunde und für Arbeiter, die auf dem rechten Weichselufer wohnen 2 Stunden täglich angerechnet.

Erste Meldung der Arbeiter

am Montag, den 13. d. Mts. ½8 Uhr

vor dem Restaurant „Hohenzollern" Schießplatz. Schippen sind möglichst mitzubringen.

Die Einstellung erfolgt nur durch Vermittellung der Arbeitsnachweise der Stadt und des Kreises Thorn.

Felix Wichert.

Unternehmung für Hoch- Tief- und Betonbau, Thorn.

Bin an

Telephon-Nr. 391

angeschlossen.

H. Fechner, Katharinenstr.

Bin unter

Nr. 697

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Dr. med. Geldenblum,

prakt. Arzt, Fischerstraße 49 I.

Fuhrunternehmen!

Wegen Aufnahme anderer Unternehmungen beabsichtige ich mein gutgehendes Fuhrunternehmen in Posen mit gutem Pferdematerial und Wagen mit Zubehör schnellstens zu dem billigen Preise von 40 000 Mark zu verkaufen. Reinverdienst 20 000 Mark jährlich. Off. unter **U. 100** Posen, Schließf. 123.

Eine Konzertgeige

zu verkaufen. Sandstraße 11.

Schneider

auf Zivil, Großstücke, und Tagschneider stellt sofort ein

J. Tschichoflos.

Tischlerlehrlinge

gegen Kostgeld können sofort eintreten. **Mondry,** Tischlermeister, Gerechtestraße 29.

Erfahrener, zuverlässiger

Arbeitskutscher

findet Stellung bei

Kasimir Walter.

Thorn-Mocker :: Geretstraße 49.

10—15000 Mark

Hypothek zur 1. Stelle Stadt- oder Landgrundstück von sofort zu verg. Ang. u. H. T 196 an die Gesch. d. Z.

10—15000 Mark

zur 1. Stelle gleich zu vergeben. Off. u. L. 197 an die Gesch. d. Z.

Tanzlehrinstitut M. Joeppe-Plaesterer

Beginn der neuen Kurse:

Mitte Januar.

Anmeldungen erbeten Mauerstraße 52, part. l.

Polnisch,

Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Ungarisch, Altgriechisch, Lateinisch, Deutsch, erlernen Sie am leichtesten, billigsten und bequemsten auf Grund der weltberühmten Unterrichtsbriefe nach der Methode Toussaint-Langenscheidt für den Selbstunterricht. Diese Methode ist von Autoritäten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet und lehrt — ohne Vorkenntnisse vorauszusetzen — von der ersten Stunde an das geläufige Sprechen, Schreiben, Lesen und Verstehen fremder Sprachen. Die mustergültige Aussprachebezeichnung der Methode Toussaint-Langenscheidt garantiert dafür, daß Sie genau so wie der Ausländer sprechen. Die zwingende Logik der Erklärungen macht das Studium nach diesen Unterrichtsbriefen zum Vergnügen und führt zum sicheren Beherrschen. Verlangen Sie unter Bezugnahme auf diese Zeitung unsere reichillustrierte Broschüre „Fremde Sprachen und ihre Erlernung" sowie die Einführung Nr. 91 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. Die Zusendung erfolgt kostenlos und ohne Verpflichtungen für Sie. Schreiben Sie heute noch an die

Langenscheidt

sche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg.

Stroh-Hüte

zum Umpressen werden bereits angenommen.

Ab 1. Februar 10 Prozent Zuschlag.

Kaufhaus S. Baron

Schuhmacherstrasse 20.

Oeffentliche

Versammlung

für alle in der Metallindustrie, in Klempnereien, im Gas- und Elektrizitätswerk beschäftigten Handwerker und Arbeiter

am Sonntag, d 12. Januar 1919

vormittags ½ 10 Uhr im Lokal bei **Nicolai,** Mauerstraße.

Tagesordnung:

1. **Der neue Lohntarif u. seine Vorteile für unsere Berufskollegen.**
2. Freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung muß jeder Berufskollege erscheinen.

Das Gewerkschaftskartell.

Deutschnationale Volkspartei

Orts- und Kreisgruppe Thorn.

Volks-Versammlung

am

Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11½ Uhr,

im großen Saale des Artushofes.

Herr Justizrat **Wannow,** Zoppot, spricht über:

Die politische Lage

Vorher werden sich unser erster Kandidat für die deutsche Nationalversammlung Herr Geheimrat Georg Schultz, Bromberg, und unsere Kandidatin für die preußische Landesversammlung Frl. Gewerbeschullehrerin Helene Duwensee, Thorn, in kurzen Ansprachen ihren Wählern vorstellen.

Alle Freunde unserer guten Sache sind herzlich eingeladen.

Wir bieten an

ehrenhafte, geistige Nebenarbeit durch erfinderische Tätigkeit

Näheres durch

Fr. Helmbach & Co. Nachfolger, Cöln.

3% Provision

Wer tauscht Kriegsanleihestücke je 10 000 M. in solche zu 4000 M. und kleinere um?

Schettler Brombergerstr. 76.

Fast neuer, hellgrauer

Radmantel

(mittlere Figur) für 70 Mark zu verkaufen.

Zu erfragen Rosenowstr. 1, III l.

Babyausstattung

Kindertisch und Stuhl, Hängematten, Holzschaukel, Turngeräte, Spielsachen, Bücher, Bilder zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. Besichtigung von 10—1 Uhr.

---

1 Paar neue Stiefel

(Langschäfter), Gr. 41, zu verkaufen. Seglerstr. 6 III. Besicht. 2—3 nachm.

Geschäftshaus

Mitte der Stadt, nahe der Weichsel, Front nach 2 Straßen mit kompl. Honigkuchenfabrikeinrichtung ist billig zu verkaufen.

Auskunft erteilt **Leibitscher Mühle, G. m. b. H, Thorn.**

Achtung! **Achtung!**

Oeffentliche

Frauen-Versammlung

Sonnabend den 11. Januar 1919,

abends 8 Uhr,

im großen Saale des Artushofes.

Vortrag:

Die deutsche demokratische Partei und die Frauen.

Referentin: Frau **Carstens**-Elbing.

Freie Aussprache! — Freie Aussprache!

Bürgerinnen! Deutschlands Wohl und Deutschlands Zukunft hängt von dem Ausfall der Nationalversammlungswahl ab! Laßt Euch aufklären und klärt unsere Mitschwestern auf! Besucht die Versammlung!

Der geschäftsführende Ausschuß.

Viktoria-Park.

Sonnabend und Sonntag:

Großer Ball

Spiegelglatter Parkettfußboden.

Sonnabend Anfang 6 Uhr. Sonntag Anfang 4 Uhr.

Eispalast Grützmühlenteich

neu renoviert kalte Küche 2c. neu renoviert

Sonnabend und Sonntag:

Unterhaltungs-Musik

wozu ergebenst einladet **Max Wisniewski**

Tivoli.

Sonnabend, den 11. Januar 1919:

Großes Familien-Kränzchen

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Konditorei u. Kaffee Georg Zarucha

Parkstraße 4.

Morgen, Sonnabend und Sonntag:

Künstlerkonzert

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.

Sonntag, den 12. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr

in der Baptistenkapelle, Heppnerstraße

Gesang-Gottesdienst

Chor- und Einzelgesänge, sowie Musikstücke von Mozart, Mendelssohn, Schubert, Händel, Stein u. a.

Eintritt frei Jedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Gute, unbenutzte Kücheneinrichtung

todeshalber preiswert zu verkaufen. Besichtig. 11½, 4 Brückenstr. 32 im früheren Laden d. Zentralmolkerei.

Kaufe jedes auch das kleinste Quantum

rohe Roßhaare.

Angebote mit Preisangabe unter **L. O. 126** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Kaninchen

zum Schlachten von 4 Pfund aufwärts kauft

Hermann Rapp,

Breitestraße 20. Telephon 124

Echter Zwergteckel

zum Decken gesucht. Nachricht erbittet Oberfeuerwerker **Spielhagen,** Schießplatz.

Gute, füllbare

Leer- u. Oelfässer

kaufen zu jedem Preise

Gebr. Pichert,

G. m. b. H.,

Thorn,

Telefon Nr. 15 Schloßstraße Nr. 7

Kindertheater

Sonnabend 11. Januar, nachm 3 Uhr Märchenvorstellung! Erm. Preise! Zum 1. Male!

„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr! Ermäßigte Preise! Zum letzten Male!

„Des Meeres u. der Liebe Wellen".

Sonntag, 12. Januar nachm 3 Uhr: Zum letzten Male!

„Die Fledermaus".

Abends 7½ Uhr! Zum 3. Male!

„Mein Leopold."

Haus mit Garten

zu kaufen gesucht evtl. Auszahlung. Off. u. Nr. 199 an die Gesch. d. Z. erb.

Gesucht eine

6 Zimmerwohnung

oder 2 Zimmer für Bürozwecke vom 1. 4. Angebote unter **O. N. 200** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schuppen oder größere Remise

zu pachten gesucht. Offerten unter Nr. 198 an die Gesch. d. Ztg.

Vom 1. März

eine Wohnung von 3 Zim. nebst Küche gesucht. Zu erfr. in der Gesch. d. Ztg.

Thorner Zeitung

Nr. 9. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger Sonnabend, 11. Januar 1919

Bekanntmachung!

Für die am

19. Januar 1919

stattfindende Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung haben wir gemäß der Verordnung über diese Wahl (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918 (R. G. Bl. Nr. 167) und Wahlordnung vom 30 November 1918 (R. G Bl. S. 1353) die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie die Bestimmung des Wahlraumes vorgenommen und wie nachfolgend festgesetzt.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte. Ansprachen darf niemand halten. Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört.

Wahlberechtigt ist nur, wer in die ausgelegte Wählerliste des Stimmbezirkes gemäß § 6 der Wahlordnung eingetragen ist. Eine Ausnahme ist jedoch für die erst nach dem 6. Januar d. Js. aus dem Felde heimgekehrten Wahlberechtigten angeordnet worden, indem solche auf Grund einer von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers unter Dienstsiegel ausgestellten, diese Tatsachen bekundenden Bescheinigung **ohne Eintragung** in die Wählerliste dort zur Wahl zugelassen werden dürfen, wo sie sich am Wahltage aufhalten. (Verordnung vom 28. 12. 18, besonders bekannt gemacht am 7. d. Mts.)

Ohne eine solche nach vorgeschriebenem Muster ausgestellte Bescheinigung ist Zulassung nicht statthaft. Die Bescheinigung ist vor der Ausübung des Wahlrechtes vom Wahlvorsteher abzunehmen und dem Wahlprotokoll beizufügen.

Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentisch aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur solange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Um 8 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Hiernach dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Prüfung des Abstimmungsergebnisses muß spätestens am nächstfolgenden Tage erfolgen.

Ungültig sind Stimmzettel

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind **ungültig**.
Die gültigen Stimmzettel sind ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennungen den einzelnen Wahlvorschlägen zuzurechnen.

Stimmbezirkseinteilung:

Nr. des Stimmbezirks	Der Stimmbezirk wird gebildet aus den Straßen usw.	Seelenzahl	Wahlvorsteher	Wahlvorsteher-Stellvertreter	Wahllokal
1	Altstädt. Markt Baderstr. mit Kaserne II Marienstr. Seglerstr.	1750	Stadtrat Mallon	Stadtverordneter Kuttner	Restauration Saal Nicolai (jetzt Hildebrandt), Mauerstraße 60/62
2	Araberstr. Bankstr. Bauhof (städt.) am Brückentor Brückenstr. Brückentorturm Fährhaus Ferrari'sche Holzwächterbude am Weichselufer Heiligegeiststr. Jesuitenstr. Nonnentor Rohrmeisterhaus am Nonnentor Schankhaus I und II Schiefer Turm Turm 40 Turmstr.	1590	Stadtverordneter Stenzel	Hausbesitzer Dr. Kusel	Garnisonkasino Seglerstr. Nr. 8, 1 Treppe
3	Bäckerstr. Coppernikusstr. Windstr.	1523	Stadtverordneter Rich. Krüger	Stadtverordneter Feilchenfeld	I. Gemeindeschule, Zimmer 1, Backerstraße Nr. 49
4	Am Bromberger Tor Baumschulenweg Brombergerstr. Nr. 1—18 Bromberger Tor Defensionskaserne Fischerstr. Hafenhaus am Winterhafen Kähne und Dampfer im Winterhafen und am Ufer Kerstenstr. Koernerstr. Roter Weg Schiffsbauplatz am Winterhafen Schmiedebergstr. Steilestr.	1322	Gerichtsvollzieher Knauf	Baurat Förster	Talgarten, Fischerstraße Nr. 5
5	Bachestr. Breitestr. Mauerstr. Schillerstr.	1748	Stadtverordneter Meinas	Stadtverordneter Menzel	Schulbaracke an der Culmer Esplanade
6	Anschlußkaserne links vom Culmer Tor Culmerstr. Culmer Tor-Kaserne Culmer Tor-Wache Ergänzungsgebäude am Culmer Tor Berechtestr. Nr. 23 – Ende Gewerbeschule Grabenstr. Hohestr. 13 Klosterstr. Kreishaus Landespolizeigefängnis Oekonomiegebäude an der Culmer Esplanade Paulinerstr. Schuhmacherstr. Stadttheater Zwingerstr.	1916	Gewerbeschuldirektor Busse	Gewerberat Wingendorf	Gewerbeschule Eingang Grabenstraße (Erdgeschoß Zimmer 18/19)
7	Brauerstr. Elisabethstr. Gerberstr. Jakobstr. Junkerstr. Karlstr. Kleine Marktstr. Neuer Festungsschirrhof Neustädt. Markt Nr. 1 – 12 und 22 – Ende Schloßstr.	1785	Geh. Studienrat Dr. Maydorn	Oberlehrer Johannes	Lyzeum, Gerberstraße Nr. 19
8	Albrechtstr. Bahnstr. (Familienhaus) Bazarkämpe mit Schiffsbauplatz Bismarckstr. Brückenkopf und Wache Brückenpfeiler Fußartilleriekaserne (Brückenkaserne) an der Wilhelmstr. Hauptbahnhof mit Selterausschankhäuschen daselbst Hermannplatz Offizierkasino des Inf.-Regts. Nr. 21 Schankhaus III Stadtbahnhof Wilhelmstr. Wohnbaracken am Stadtbahnhof	1427	Stadtverordneter Engel	Rentmeister Boehm	Fußartillerie-Kaserne (Brückenkaserne) an der Wilhelmstr., Eingang gegenüber Eisenbahnbetriebsamt, Unteroffizier-Versammlungszimmer i. Wirtschaftsgebäude

Nr. des Stimmbezirks	Der Stimmbezirk wird gebildet aus den Straßen usw.	Seelenzahl	Wahlvorsteher	Wahlvorsteher-Stellvertreter	Wahllokal
9	Gerechtestr. Nr. 1–22 Gerstenstr. mit Garnisonlazarett I Hohestr. 1–13 Neustädt. Markt Nr. 13–21 Strobandstr. Tuchmacherstr.	2011	Mittelschulrektor Lottig	Stadtverordneter Willimczik	Mädchen-Mittelschule, Eingang Gerstenstraße
10	Friedrichstr. Friedrich Karlstr. (Familienhaus) Hospitalstr. Katharinenstr. Leibitscher Tor-Dienstwohnung Leibitscher Tor-Kaserne und Wache Leibitscher Torplatz Moltkestr. Roonstr. Werderstr. Wilhelmkaserne Wilhelmplatz	1902	Mittelschulrektor Krieger	Stadtverordneter Paul Dombrowski	Knaben-Mittelschule, Eingang Wilhelmplatz
11	Barackengruppe Luftschiffhalle Culmer Chaussee Nr. 1–51 Heppnerstr. Kirchhofstr. Philosophenweg Rosenowstr. Waldstr. Nr. 1–49	1511	Baugewerksmeister Rinow	Stadtrat Asch	Bürgergarten, Culmer Chaussee Nr. 16, gr. Saal
12	Fort Herzog Albrecht Gut Weißhof Hilfslazarett (Garnisonlazarett II) Hirtenkate Kasernenstr. Obstplantage Weißhof Pionierkaserne Waldstr. Nr. 50–Ende Weißhöferstr.	1921	Stadtforstrat Löwe	Stadtbaurat Kleefeld	Pionier-Offizier-Kasino, Eingang Schulstraße
13	Bahnhof Thorn-Schulstr. Festungslazarett VII u. VIII (Schulstr.) Hofstr. Kloßmannstr. Mittelstr. Schulstr. (ohne Pionierkaserne) Wasserwerk Neu-Weißhof Wrangelkaserne	1455	Rektor Heidler	Seminardirektor John	III. Gemeindeschule Schulzimmer 4 m, nördlicher Eingang, Schulstr. 6
14	Bahnwärterhaus an der Kleinbahn Thorn-Scharnau Brombergerstr. Nr. 19–Ende Bromberger Chausseehaus Demobilmachungslager Fliegerbeobachterschule nebst Flugplatz Fort Heinrich von Plauen mit Familienhaus und Schießstand Grünhof Hilfsförsterei Holzhafengebiet Kinderheim Okraczyn Parkstr. Pastorstr. Smolnik Waisenhaus Wieses Kämpe Winkenau Ziegelei mit Heinrichsruh	1503	Stadtrat Walter	Professor Dr. Wilhelm	Tivoli, Brombergerstraße Nr. 10
15	Mellienstraßen-Durchbruch Mellienstr. Nr. 1–106 Talstr.	1720	Stadtverordneter Schwartz	Rechnungsrat Dommer	Germaniasaal, Mellienstr. Nr. 106
16	Mellienstr. 107–Ende Ulanenkaserne und Familiehhaus Ulanenstr.	1727	Stadtverordneter Felske	Rechtsanwalt Dannhoff	Ulanenkaserne (Kaserne I) Zimmer 43/44
17	Familienhaus an der Jakobsesplanade Jakobsbaracke Jakobskaserne Leibitscherstr. Nr. 1–35 und Baracken daselbst Dekonomiegebäude an der Jakobs-Esplanade Schulsteig Weinbergstr. Zeughauswaffenmeisterei	1566	Rektor Zill	Lehrer Lukowski	IV. Gemeindeschule, Leibitscherstraße 44
18	Brunnenstr. Leibitscherstr Nr. 36–Ende (ausschließlich Leibitscher Chausseehaus) Schlachthausstr. Taubenstr. Trepposcher Weg Viehmarktstr.	1771	Lehrer Tornow	Schlachthofdirektor Kolbe	Restauration Drenikow, Leibitscherstraße 54
19	Artilleriestr. Bogenstr. Buchtaburg und Buchtakrug Familienhaus bei Fort York Feldartilleriekaserne Feste König Wilhelm I mit Familienhaus Flurweg Fort Bülow mit Familienhaus Fritz Reuterstr. Kaserne der Bespannungsabteilung des Fußartl.-Regts. Nr. 11 Kiesweg Königstr. Leibitscher Chausseehaus Wallmeister-Dienstwohnung bei Fort Bülow Wallmeister-Dienstwohnung bei Fort York Werk L'Estocq	546	Bezirksvorsteher Jung	Molkereidirektor Lüdemann	Mannschaftshans II d. Feldartl.-Kas. Eingang Königstr., Zimmer 57/58
20	Bahnhof Thorn-Mocker Bahnhofstr. Bahnwärterhäuser Nr. 1, 2, 230, 230 a, 231 Festungslazarett 5 Geretstr., Kanalstr., Kometenstr. Lindenstr. Nr. 60–Ende Spritstr. Waldauerstr.	1716	Kreisbaumeister Krause	Fabrikdirektor Schiersmann	Kaserne der Bespannungsabteilg. Fußartl.-Regts. Nr. 11, großer Mannschaftsspeisesaal (Hof).
21	Bahnhofswinkel Lindenstr. Nr. 1–59 Nonnenstr. Schwerinstr. Wiesenstr.	1606	Rektor Schwarz	Stadtverordneter Krause	Katholische Knabenschule, Wiesenstraße
22	Eichbergstr. Nr. 8 — Ende Graudenzerstr. Nr. 98 bis Ende Hauptgraben Kosakenstr. Roßgartenstr. Wohnbaracken an der Eichbergstr.	1626	Rektor Zander	Bäckermeister Strube	Katholische Mädchenschule, Wiesenstraße
23	Amtsstr. Drewitzstr. Festungs-Baracken-Lazarett D Goethestr. Graudenzerstr. Nr. 1–84, 86, 88, 90, 92, 94, 96 Grützmühlenstr. Grützmühlen-Tor-Kaserne Hindenburgstr. Ludendorfstr. Lünette III (Festungskompagnie 1), Rayonstr. Rösnerstr. Schmiedestr. Ulmen Allee Nr. 1, 2, 3, 4, 6, Voßstr. Wollmarktstr.	1576	Stadtverordneter Wichert	Lehrer Pleger	Viktoriapark, Graudenzerstr. 1/3
24	Bayernstr. Bergstr. Nr. 1–5 Conduktstr. Nr. 1 — 37 ungerade und Nr. 2–42 gerade Nummern Grenzstr. Kapellenstr. Prinz-Heinrichstr. Sandstr. Sedanstr.	1611	Stadtverordneter Wartmann	Stadtverordneter Stephan	Restaurant Stuczinski, Bergstr. 22
25	Bergstr. Nr. 6–Ende Conduktstr. von Nr. 39 ungerade Nummern und Nr. 44 gerade Nummern bis Ende Ritterstr. Nr. 1–25 ungerade, Nr. 2 — 6 gerade Nummern.	1518	Stadtverordneter Paul	Stadtverordneter Gerdom	Kleinkinder-Bewahranstalt, Culmer Chaussee 56
26	Bornstr. Nr. 8–Ende Elsnerstr. Gartenstr. Goßlerstr. von Nr. 32 — Ende Graudenzerstr. Nr. 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97 Kirchstr. Ulmen Allee von Nr. 5 ungerade Nummern, Nr. 8 gerade Nummern bis Ende, Wörtstr.	1622	Stadtrat Hentschel	Stadtrat Urbanski	Restauration Saal Rüster, Graudenzerstraße 85
27	Blücherstr. Bornstr. Nr. 1–7 Culmer Chaussee Nr 52—93 Endstr. Kurzestr. Ritterstr. von Nr. 27–Ende ungerade, von Nr. 8 — Ende gerade Nummern	1644	Baugewerksmeister Kaun	Kaufmann Werner	Kinderhort, Culmer Chaussee 26
28	Bahnhof Thorn Nord Culmer Caussee Nr. 94–Ende Goßlerstr. Nr. 1 — 31 Janitzenstr. Wasserwerk Weißhof (alt)	1614	Stadtverordneter Jacob	Maurermeister Skowronek	Preußischer Hof, Culmer Chaussee Nr. 53

Zusammen 46 227 nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Dr. Hasse.